

akzente

Monatszeitung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

GBM-Menschenrechtspreis für Lorenz Knorr

Am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, verlieh die GBM ihren Menschenrechtspreis 2010 dem Friedensaktivisten und Publizisten Lorenz Knorr (Frankfurt am Main).

Zu Beginn der Veranstaltung, die aus diesem festlichen Anlass in den Räumen der GBM in Berlin-Lichtenberg stattfand, begrüßte der Vorsitzende, Prof. Dr. Wolfgang Richter, sehr herzlich Preisträger wie Käthe Reichel und Prof. Dr. Hermann Klenner sowie den Sprecher des Kasseler Friedensratschlags, Dr. Peter Strutyński, und Ekkehard Spoo für die Internationale Liga für Menschenrechte. Menschenrechtsarbeit sei „Kampf um die Würde der Ausgeschlossenen, der Armen, Hungrigen und Entrechteten“ im Sinne der edelsten Ziele der UNO-Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, betonte Prof. Richter. „Der Kampf um Menschenrechte, ihre Interpretation und ihre universelle Gewährung waren schon zu Zeiten des Kalten Krieges zwischen den Blöcken die Standarte, unter der die sozialistischen Länder gestürmt wurden. Dieser Kampf begleitet auch weiterhin unvermindert den globalen Kampf um die Zukunft der Menschheit.“

Dass jetzt das Europäische Parlament seinen Sacharow-Preis an einen zu vielen Jahren Gefängnis verurteilten kubanischen Schläger vergab, habe eine deutliche politische Stoßrichtung und diskriminiere diejenigen Kubaner, die für ihre Standhaftigkeit und ihre Erfolge beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft niemals einen solchen Preis von diesem Gremium erhalten würden.

Der GBM-Vorsitzende verwies auf die Berichte unserer Organisation an den UNO-Menschenrechtsrat, darunter drei zum Anti-Rassismus-Abkommen, zwei zur Verwirklichung des Sozialpakts und einen zur Einhaltung des Zivilpakts in der Bundesrepublik. Vorbereitet werde ein Bericht über die Un-

gleichbehandlung der Ostdeutschen. Außerdem sei die GBM Koautor von Berichten des Forums Menschenrechte an UNO-Gremien.

Im Rahmen des Spardiktats der Bundesregierung, so führte Wolfgang Richter weiter aus, solle der „soziale Bereich den Löwenanteil der Krisenkosten übernehmen“. Die Forderung der UNO-Charta nach „Freiheit von Angst und Not“ habe „eine historisch neue Dringlichkeit erreicht, nicht nur wegen des Strukturwandels der Arbeitswelt“, der „für Ostdeutsche eine besonders diskriminierende Form angenommen hat“, sondern „auch wegen der globalen Bedrohungen und internationalen Gefahren, die in Kriegen mit modernsten Massenvernichtungswaffen ausgetragen werden“.

„Für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen“ – mit diesem Begriff umriss Prof. Dr. Georg Grasnick in seiner Laudatio das Lebensziel von Lorenz Knorr. „Antifaschismus, Frieden, Aufklärung“ seien der Inhalt seines Kampfes. „Sozialer Fortschritt in eine friedliche Welt“ sei sein Streben, „der Mensch als ganzheitliches Wesen in einer ausbeutungs- und kriegsfreien solidarischen Weltgemeinschaft, wie Marx sie vorzeichnete“.

Georg Grasnick schilderte Stationen auf Lorenz Knorrs Lebensweg: seinen Anteil am Widerstand gegen die Nazis, an der Aktivität der „Falken“ und der SPD in Westdeutschland nach dem Krieg, an der Auseinandersetzung mit „reaktionären Traditionen“ und „rechtsextremen Kontinuitäten bis in unsere Tage“, mit „ökonomischen Machtstrukturen und Besitzverhältnissen, die Rechtsextremismus fortwährend neu produzieren“.

Die Gründung des Bonner Separatstaates war Bestandteil der Globalstrategie des US-Imperialismus, die auf ein „Roll back des Kommunismus“ gerichtet ist, hob Prof. Grasnick hervor. „Der Grundwiderspruch dieser Welt konzentrierte sich, wie Lorenz Knorr formulierte, mehr und mehr auf deutschem Territorium.“ Den Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands habe Knorr als Direktoriumsmitglied der Deutschen Friedens-Union (DFU), mit seinen Schriften und durch die unmittelbare Teilnahme an Aktionen

der Friedensbewegung unterstützt.

Fragen der Abrüstung und der friedlichen Koexistenz bildeten „einen Schwerpunkt in der publizistischen Arbeit und im politischen Wirken Knorrs“, stellte der Redner fest. „Mit dem Ende des europäischen Sozialismus, so Knorr, wurde der Weg zur Globalisierung des entfesselten Kapitalismus frei.“ Die Demonstration militärischer Superiorität der USA sei gegen Freund und Feind gerichtet. Die Hochrüstung verstärke die krisenhafte Entwicklung. Die größte gewordene BRD beanspruche eine Weltmachtrolle. Von deutschem Boden gehe wieder Krieg aus, die Bundeswehr sei Interventionsarmee geworden.

„Lorenz Knorr hat seit Jahrzehnten die wachsende geistige Versteppung und seelische Verelendung sowie den moralischen Verfall in den imperialistischen Ländern entlarvt“, fuhr Georg



Lorenz Knorr während des Auszeichnungsaktes bei der GBM. Foto: Gabriele Senft

Grasnick fort. „Die Manipulierung des Bewusstseins der Menschen, die psychologische Kriegführung gegen die Völker als Machtinstrument und Be-“
(Fortsetzung auf Seite 2)

Der Vorstand tagte

Am 14. Dezember 2010 erörterte der Vorstand – ausgehend von Darlegungen des Vorsitzenden, Prof. Dr. Wolfgang Richter – die Schwerpunkte der GBM-Arbeit im Jahr 2011. Wolfgang Kenschel ging auf die Bundestagsdebatte vom 3. Dezember ein, in der auf Antrag der LINKEN erneut die Überführung von DDR-Alterssicherungen in Bundesrecht zur Diskussion stand (s. S. 4). Für ein weiteres Vorgehen gegen den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Juli 2010, der Rentenunrecht – also einen Verstoß gegen soziale Rechte – verfestigt, kommt außer dem Weg zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg unter Umständen auch eine Mitteilung an den Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte des UNO-Menschenrechtsrats in Betracht, wie er durch das 2008 verabschiedete Fakultativprotokoll zum Sozialpakt eröffnet wird.

Ferner beriet der Vorstand Maßnahmen im Blick auf das zwanzigjährige Bestehen der GBM in diesem Jahr, unter anderem die Vorbereitung eines

Sammelbandes mit Erinnerungsberichten und Dokumenten aus der Geschichte der Organisation. Die Schatzmeisterin, Dr. Gisela Hering, gab einen vorläufigen Bericht über die Erfüllung des Haushaltsplans 2010 und erläuterte die Ansätze für den Finanzplan 2011; der Vorstand nahm zustimmend davon Kenntnis.

In seiner Sitzung vom 23. November hatte der Vorstand unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten das von Bundesregierung und Bundestag beschlossene „Sparpaket“ verurteilt, also die einschneidende Kürzung der Sozialausgaben für Erwerbslose, für arme, kranke und alte Menschen.

Außerdem wurden die am 9. November durchgeführte Aussprache mit vom Rentenstrafrecht Betroffenen sowie die Beratung mit Sprechern der GBM-Ortsverbände vom 18. November ausgewertet, über Maßnahmen zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit – vor allem des Internet-Auftritts – der GBM diskutiert und die Veranstaltung zur Verleihung des Menschenrechtspreises am 10. Dezember vorbereitet.

- isc -

*Die besten Wünsche
zum neuen Jahr für Gesundheit,
Glück und Kraft, den
Umbilden weiteren Sozialabbaus
zu widerstehen, für Frieden und
Gerechtigkeit in der Welt
entbietet der Vorstand der GBM*

GBM-Menschenrechtspreis für Lorenz Knorr

(Fortsetzung von Seite 1)

standteil der Globalstrategie bleiben für ihn Gegenstand der Auseinandersetzung.“

Seine 26 Bücher seien durch wissenschaftliche Akribie und theoretisch fundierte Analyse ausgezeichnet. Auch verwies der Laudator auf die Tätigkeit von Lorenz Knorr als Bundessprecher der VVN/BdA in den neunziger Jahren und auf eine Reihe anderer verdienstvoller Aktivitäten. Von historischem Optimismus durchdrungen, vertrete er wie so viele Millionen den Kampfruf: „Eine andere Welt ist möglich!“

Nach der Überreichung des Menschenrechtspreises durch Prof. Richter erinnerte Lorenz Knorr in seiner Erwiderng – dem 50. Vortrag, den der im 90. Lebensjahr Stehende 2010 hielt – einleitend an das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945. Es habe die Konsequenzen enthalten, „die aus der faschistischen Schreckensherrschaft sowie aus den Raub- und Vernichtungskriegen Nazideutschlands zu ziehen waren“: Schaffung einer dauerhaften friedlichen Nachkriegsordnung von Staaten unterschiedlicher Sozialstruktur, Verurteilung des Krieges, Recht der Völker auf Selbstbestimmung und demokratische Gestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten.

In Artikel XIII fixierte das Abkommen, wie der Redner weiter darlegte, eine Überführung Deutscher aus Polen, der CSR und Ungarn nach Deutschland. „Ziel dieses Transfers war es, die Un-

ruheherde auszuschalten, die zur Auslösung des Zweiten Weltkriegs beigetragen hatten.“ Nicht alle Transfers seien so verlaufen wie in Potsdam geplant; doch „da sollte niemand Ursache und Wirkung verwechseln“. Bei den Deutschen in der CSR habe schon vor dem Münchener Abkommen der von Berlin aus angeleitete und kräftig forcierte „Volkstumskampf“ fanatisierend auf die Anhänger Hitlers und Henleins gewirkt.

Politischer Zweck der nach dem Krieg in Westdeutschland gegründeten „Studentendeutschen Landsmannschaft“ (SL) sei nach eigener Aussage, „den Rechtsanspruch auf die Heimat und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen“. „Man betonte die Opferrolle und verschwieg die Täterzeit“, erklärte Lorenz Knorr. An der Spitze des rechtslastigen Witiko-Bundes, der aktivsten und lautstärksten Gruppe in der SL, „standen von Anfang an höhere und mittlere Funktionäre der NSDAP“ oder ihrer Gliederungen.

Vorwiegend sie hätten ab 1949 den Begriff „Vertreibung“ forciert, der mit einer direkten oder indirekten Schuldzuweisung verbunden sei. Ihnen sei es gelungen, ihn „im gesellschaftlichen Bewusstsein der Westdeutschen zu verankern“, und dies mit all seinen Implikationen. Laut werde das „Recht auf Heimat“ betont. „Dieses Recht ist jedoch im Völkerrecht nicht zu finden“, unterstrich der Redner. Völlig

normalisierte staatliche Beziehungen könnten nicht entstehen, solange eine laut sich artikulierende Gruppe ein solches „Recht“ einfordere.

Die Basis der SL und auch des Bundes der Vertriebenen (BdV) sei „vom faschistischen Deutschland vorgeprägt“. Das „Ziel der Wiedergewinnung der Heimat“ – so 1950 der SL-Bundesverband in seiner „Detmolder Erklärung“ – wirke „bis in die jüngste Zeit“. Jede Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu einem „Vertreiberstaat“ versuchten SL und BdV zu blockieren. Der „Kampf um die Heimat“ gelte als identitätsstiftend.

Auch die „Charta der Heimatvertriebenen“, 1950 in Stuttgart vom BdV und dem Verband Ostdeutscher Landsmannschaften verkündet, betone das „Recht auf Heimat“, das „bis heute eine zentrale Aufgabenstellung“ geblieben sei, erklärte Lorenz Knorr. „Vor allem in Polen und in der Tschechischen Republik erkennt man diese Forderung als Bedrohung. Diese Charta gilt als ein Angriff auf das Potsdamer Abkommen.“

Die in jüngster Zeit verschärfte Aggressivität des BdV werde seiner Vorsitzenden, Erika Steinbach, zugerechnet. Ihr besonderes Anliegen sei das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“, für das die BdV-Ausstellung „Erzwungene Wege“ ein Test gewesen sei. „Dabei bleibt ausgeklammert, dass es ohne die faschistischen Raub- und Vernichtungskriege und Gewaltver-

brechen keine Aussiedlungen gegeben hätte. Kein Wort davon, dass die Umsiedlungen Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition waren!“

Knorr erinnerte auch daran, dass etwa 20 Prozent der Deutschen in der CSR, die Antifaschisten, 1945 die Staatsbürgerschaft der CSR erhielten und dass „die Enteignung deutschen Besitzes in der neuen CSR vorwiegend Fabriken und Villen“ betraf. „Es ist psychologische Kriegführung, was diese Ausstellung präsentiert.“ Von dem neuen „Zentrum“ werde „man keine tiefgreifenden Richtigstellungen erwarten dürfen.“

Auch Frau Steinbachs Buch „Die Macht der Erinnerung“, das besser „Die Folgen ständiger Selbsttäuschung“ betitelt werden sollte, lasse unerwähnt, „dass erst die Singularität der NS-Verbrechen und die Teilnahme vieler Ausgesiedelter zu den Transfers führten“. Frau Steinbach wie Herr Sarrazin „vernebeln die Realitäten, fördern Hass und politischen Irrationalismus“. Gründer und Führungspersonal des BdV gehörten nicht zu den Erben der europäischen Aufklärung und des Humanismus – „sie waren und sind ihre Gegner“, schloss der Redner. Stärker als bisher gelte es gegen Geschichtsfälschungen aufzutreten und „Alternativen im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern“.

Das Trio „La Folia“ bereicherte die Veranstaltung mit Musik von Georg Philipp Telemann und Arcangelo Corelli. G. F.

Eine provokante EU-Preisverleihung

In einer Erklärung verurteilt die GBM die Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 21. Oktober 2010, den mit 50 000 Euro dotierten „Sacharow-Preis“ dem kubanischen „Dissidenten“ Guillermo Fariñas Hernandez zu verleihen. Weiter wird in der Erklärung unter anderem ausgeführt:

In der Begründung heißt es, Fariñas sei ein „Befürworter der Gewaltlosigkeit“ und habe mit Hungerstreiks gegen seine Haftbedingungen protestiert. Daraus könnte man schlussfolgern, er sei ein integrierter Mensch, der sich auch solidarisch mit den Gefangenen auf Guantanamo, ihrer Auflehnung gegen die Haftbedingungen und mit ihren mehrfachen Hungerstreiks erklärt hätte, die USA und ihre Gewalt- und Blockadepolitik gegen Kuba verurteile und dem Angriffe auf die körperliche Integrität von Menschen zuwider seien. Auch würde man von einem „Befürworter der Gewaltlosigkeit“ die Verurteilung von Kriegen, wie sie die USA gegen Jugoslawien, Irak oder Afghanistan führen, erwarten. Das wäre ja wohl ein Thema für die EU. Warum verlässt uns jedoch das Gefühl nicht, hier werde mit zweierlei Maß ge-

messen? Sei es, weil wir einige Hintergründe und Begleiterscheinungen seines Kampfes um „Menschenrechte“ gut kennen. Fariñas wurde in Kuba mehrfach wegen krimineller Taten verurteilt, bei denen er selbst skrupellos brutale körperliche Gewalt anwendete. 1995 bekam er z. B. drei Jahre auf Bewährung und eine Geldstrafe, weil er eine Arbeitskollegin gewalttätig angegriffen hatte und ihr schwere Verletzungen zufügte. 2002 schlug er mit einem Stock auf einen alten Mann ein, der danach operiert werden musste. Fariñas wurde zu sechs Jahren und zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Dort trat er ebenfalls öffentlichkeitswirksam in den Hungerstreik mit Forderungen nach Entlassung politischer Gefangener.

Als eine größere Zahl Gefangener von der kubanischen Regierung entlassen wurde, sattelte er auf seine Forderungen noch drauf: Freilassung Gefangener sei zu wenig, wenn die Gesetze nicht verändert werden, die zu ihrer Verurteilung führten. Er will also die Destabilisierung des sozialistischen Staates, in welchem Stadium der Reife auch immer, er will die Selbstbestimmung des kubanischen Volkes

über seine Gesellschaftsordnung in Frage stellen.

Welche Strafen hätte Fariñas für seine kriminellen Taten von Gerichten in EU-Staaten erhalten? Und hätte er auch dann einen Menschenrechtspreis vom Europaparlament erhalten, wenn er für die Freilassung politischer Gefangener in der EU in Hungerstreik getreten wäre? In wieviel europäischen Ländern hatten die USA sich völkerrechtswidrig Gefängnisse mit zahlreichen politischen Gefangenen eingerichtet?

Doppelte Standards in der Verleihung des Sacharowpreises sind kein Zeichen menschenrechtlicher Gesinnung des Europaparlaments.

Nach seiner vorzeitigen Entlassung aus gesundheitlichen Gründen erhielt Fariñas von der US-Interessenvertretung in Havanna einen Computer bereitgestellt. Würde den Cuban Five, die für ihren Kampf gegen Terrorismus in den USA eine langjährige widerrechtliche Haftstrafe verbüßen, ein USA-Computer mit Internetzugang in Aussicht gestellt werden, wenn sie ankündigen würden, damit die Wahrheit über die amerikanische Regierung weltweit verbreiten zu wollen?

Mit der Entscheidung vom Oktober

dieses Jahres setzen bestimmte Kräfte im Europaparlament – unter Umgehung des regulären parlamentarischen Verfahrens – ihre antikubanische Politik fort. Bereits zum dritten Mal in neun Jahren verleiht eine europäische Institution politischen Opponenten des sozialistischen Kubas einen Preis, der angeblich für die Einhaltung der Menschenrechte gestiftet wurde. Damit wird der emanzipatorische Sinn des internationalen Tages der Menschenrechte durch das Europaparlament erneut zur Durchsetzung des menschenrechtswidrigen sogenannten „Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union“ gegen Kuba verfälscht. Es drängt sich der Eindruck auf, dass Menschenrechte damit instrumentalisiert werden, um den subtilen völkerrechtswidrigen Subversions- und Destabilisierungsversuchen der US-Administration zu größerer Wirksamkeit zu verhelfen.

Wir fordern die EU und die Bundesrepublik auf, das Recht Kubas auf einen selbstbestimmten Entwicklungsweg zu akzeptieren und eine faire und zukunftsfähige Politik zu betreiben. Wir unterstützen die Solidarität mit Kuba.

Die „Fälscher“ aus Block 19

Der 27. Januar, an dem vor 66 Jahren die Rote Armee das Nazi-Vernichtungslager Auschwitz befreite, ist Gedenktag für die Opfer des Hitlerfaschismus. Das ist der Anlass für die Beiträge auf dieser Seite.

Zwischen 1942 und 1945 ließ die SS-Führung im damaligen Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin eine konspirative Druckerei errichten. Insgesamt 142 Häftlinge mussten dort Geld, Ausweise, Propagandamarken und andere sensible Dokumente drucken. Mehrere Millionen britische Pfundnoten wurden in Sachsenhausen produziert – in bester Qualität. Die SS stattete ihre international aktiven Spione sowie die im Ausland tätigen Männer des Sicherheitsdienstes (SD) mit falschen Pässen und frisch gedrucktem Geld aus. Das Sonderkommando trug den Namen „Operation Bernhard“, benannt nach dem leitenden SS-Offizier Bernhard Krüger.

Die Männer waren mehrheitlich Drucker, Schriftsetzer, Zeichner, Papieringenieure und sonstige Spezialisten des grafischen Gewerbes. Sie wurden aus verschiedenen Lagern nach Sachsenhausen verbracht. Die Vernichtung der ausschließlich jüdischen Männer war innerhalb des KZ-Systems vorgesehen. Als Geheimnisträger gingen sie zudem davon aus, dass sie umgehend getötet werden, falls ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wurde.

Die Druckerei befand sich in den Blöcken 18 und 19 des KZ Sachsenhausen. Diese waren hermetisch abriegelt; selbst der KZ-Kommandant wusste nicht, was in den zwei Baracken vor sich ging. Die Männer genossen Vergünstigungen gegenüber anderen Gefangenen. So sollen ihre Mahlzeiten großzügiger portioniert gewesen sein und sie mussten nicht an qualenden Strafpöbeln teilnehmen. Schwer erkrankte Häftlinge wurden jedoch skrupellos getötet, um die gesunden Männer nicht zu gefährden.

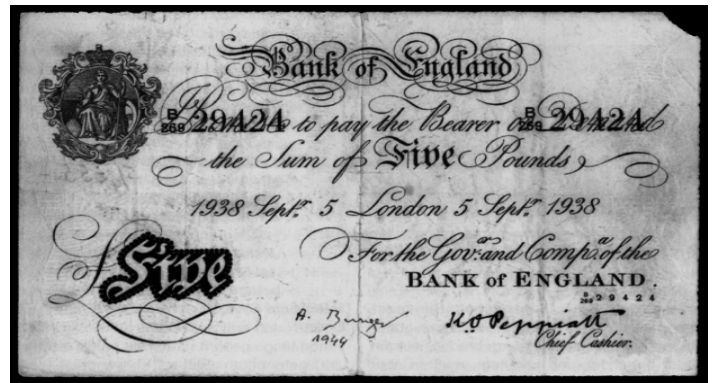
Das Projekt stand unter Leitung des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin. Logistik war der Sicherheitsdienst (SD), der Nachrichtendienst der SS, mit der Aktion betraut. Die Häftlinge produzierten bis 1945 neun Millionen Scheine in einem Gesamtwert von 134 Millionen Pfund Sterling. Nur wenig fehlte und die Nazis hätten den gesamten Gegenwert der Goldreserve der Bank of England in Höhe von 137 Millionen Pfund hergestellt. Die Drucke aus Sachsenhausen waren von höchster Qualität. Darüber hinaus gelang es Nazi-Ingenieuren den hochkomplizierten Seriennummerncode des Pfund zu knacken. Damit lag jedem Originalschein genau eine Fälschung gegenüber. Die Bank of England konnte diese nunmehr nicht unterscheiden. Ihr blieb nichts anderes übrig, als die Scheine – ob echt oder falsch – einzuziehen. Zu dieser Zeit liefen in Sachsenhausen noch rund um die Uhr frische Pfundnoten aus den Druckmaschinen.

Devisen für die SS

Mit der „Operation Bernhard“ verfolgte das Reichssicherheitshauptamt verschiedene Ziele. Zum einen konnte die stets um Liquidität bemühte SS ein europaweites Agentennetz aufbauen und seine Spione mit falschen Pässen ausstatten. Zum anderen wollten die Nazis Großbritannien durch eine Inflation wirtschaftlich schädigen. Es gab die Idee, per Flugzeug Millionen Pfundnoten über englischen Großstädte abzuwerfen. Diese Pläne wurden jedoch nie realisiert. Andere Druckerzeugnisse hatten einzig propagandistische Zwecke, wie etwa die Fälschungen britischer Briefmarken. Eine Motivation, die in der Planungsphase der Falschgeldaktion noch keine Rolle gespielt haben dürfte, weil man schließlich ein „Tausendjähriges Reich“ erwartete, war die Unterstützung von Fluchtplänen hochrangiger NS-Funktionäre. Nazis aus NSDAP, SS, Wirtschaft, Wehrmacht und Verwaltung verständigten sich bereits vor Zusammenbruch des NS-Regimes darüber, das Überleben der nationalsozialistischen Bewegung zu sichern. Was war dafür notwendiger als falsche Pässe und Devisen für Personen, die mit intensiver Verfolgung durch alliierte Gerichtsbarkeit rechnen mussten. Über die Fluchtlinie des Vatikans kamen auch die Täter der „Operation Bernhard“ nach Südamerika, während andere ins faschistische Spanien gingen. Die „Operation Bernhard“ gilt daher als besonders geheimnisumwoben. Hartnäckig halten sich Gerüchte, dass Geld aus der Falschgeldproduktion beim Wiederaufbau der am Boden liegenden Wirtschaft in Westdeutschland nach 1945 verwendet wurde.

Wie KZ-Häftlinge die Falschgeldproduktion sabotierten

Den Angehörigen des Geheimkommandos war bewusst, dass sie für die NS-Führung kriegswichtige Arbeiten verrichteten. Unter den Häftlingen sabotierten insbesondere die Kommunisten die Falschgeldproduktion. Maschinen setzten plötzlich aus und wichtige Ersatzteile verschwanden spurlos. Ganze Druckserien gefälschter Pfundnoten mussten aufgrund vorsätzlich beschädigter Druckplatten aussortiert werden. Kurt Lewinski, kommunistischer Widerstandskämpfer aus Berlin, konnte 1943 trotz Bewachung die abgeschirmten Baracken verlassen und zwei Scheine einem Gefangenen im Hauptlager übergeben. Lewinski informierte damals Robert Uhrig über die Vorgänge in seinen Blöcken. Er verfolgte das Ziel, die Nachricht an Widerstandsgruppen außerhalb der KZ-Mauern zu überbringen, die wiederum die Geheimdienste der betroffenen Staaten unterrichten sollten. Robert Uhrig gehörte zum Illegalen Lagerkomitee, dem konspirativen Zentrum des politischen Widerstandes innerhalb des Konzentrationslagers. Bemerkenswert ist, dass Kurt Lewinski sein „Fälscherwissen“ später in den



Eine im KZ Sachsenhausen gefälschte britische 5-Pfund-Note

Foto: Archiv Florian Osuch

Dienst der DDR stellte. Als Zivilbeschäftigter übernahm ihn die Militäraufklärung der NVA. Für Spezialkader soll er ganze Dokumentationen erstellt haben, darunter Urkunden und Papiere. Die Aufklärungsoffiziere setzte die NVA dann in der BRD und in Westeuropa ein. Wie endete die „Operation Bernhard“? Im Januar 1945 stand die vorrückende Rote Armee an der Oder. Aus dem Reichssicherheitshauptamt kam der Befehl, die gesamten Anlagen zu demonstrieren. Maschinen und Material sowie „Fälscher“ und SS-Männer gelangten per

Zug nach Österreich. Nach einem Zwischenhalt im KZ Mauthausen wurde der Tross in ein Lager in den Alpen verbracht, wo die Maschinen wieder aufgebaut wurden. Die Produktion lief jedoch nicht wieder an. Am 5. Mai 1945 wurden die Häftlinge im KZ Ebensee von Soldaten der US-Armee befreit.

Florian Osuch

Vom Autor erschien vor kurzem das Buch: *Blüten aus dem KZ. Die Falschgeldaktion „Operation Bernhard“ im KZ Sachsenhausen*, VSA-Verlag, Hamburg, 2009

Ein medizinischer Nazi

Es ist immer gut, wenn man als Laie gelegentlich einen Blick über die themengebundenen Grenzen des eigenen Faches wirft. Das ist mir bei dem Sammelband „Die Charité im Dritten Reich“¹ geschehen. Die Herausgeber des Bandes merken an, dass es sich um die erste umfangreichere Publikation handle, in der der Versuch unternommen werde, einen Überblick über die Entwicklung der Berliner Medizinischen Fakultät anhand des Verhaltens ihrer wichtigsten Fachvertreter während des Nationalsozialismus zu geben. Die einzelnen Beiträge sind außerordentlich instruktiv und auch dem medizinischen Laien höchst verständlich. In seinem Aufsatz zum Thema, wann man „menschliches Material“ zur Forschung verwenden dürfe, betont Andreas Winkelmann, dass im Ergebnis einer kontroversen Diskussion die in der Berliner Anatomie stehende Büste Hermann Stieves, des, wie Ernst Klee schrieb, „führenden Anatomen der NS-Zeit und zentralen Leichenverwerters der Nazi-Justiz“², 1994 in einen Lagerraum verbannt“ wurde.³ Bei dieser korrekten Behandlung der Erinnerung an einen verantwortlichen medizinischen Nazi ist es schon verwunderlich, dass man bis heutzutage im Vorlesungssaal der Berliner Medizinischen Fakultät im Bonhoeffer-Haus in einer Bildreihe nach wie vor das Konterfei von Maxi-

minian de Crinis (1883-1945) erblicken kann.

De Crinis war organisatorisch beteiligt an der Euthanasie-Aktion „Gnadentod“. Die Zentrale der Aktion befand sich in der Berliner Tiergartenstraße 4. Sie war verantwortlich dafür, dass von 1939-1941 mehr als 7000 Personen aus Landesheil- und Pflegeanstalten in Gaskammern ermordet wurden.

De Crinis trat 1931 in die NSDAP und 1936 in die SS ein. Er war SS-Untersturmführer, wurde 1938 SS-Hauptsturmführer, 1938 Direktor der Psychiatrischen und Nervenklinik der Charité, 1942 SS-Standartenführer und beratender Psychiater der Waffen-SS und 1944 Oberster beratender Heerespsychiater.

Über die nazistische Verantwortlichkeit des Psychiatrie-Ordinarius de Crinis kann man sich u.a. in dem Beitrag von Volker Roelcke in dem Sammelband informieren.⁴ In dem Aufsatz ist vermerkt, dass de Crinis an einer Denkschrift „zur Erneuerung der Psychiatrie“ mitgewirkt hatte, in der die systematische Tötung „von nicht mehr therapierbaren und anderweitig ‚unbrauchbaren‘ Patienten (als Teil einer ‚Dialektik von Heilen und Vernichten‘“ propagiert wurde. De Crinis war „eine zentrale Rolle für das Tötungsprogramm zugeschrieben“ worden. Es ist nach dieser Sachlage nicht verwunderlich, dass de Crinis im Nürnberger Ärzteprozess 1947 als „graue Eminenz der psychiatrischen Anstaltsmorde“ bezeichnet wurde.

Am 2. Mai 1945 hat sich de Crinis gemeinsam mit Volker Roelcke: Politische Zwänge und individuelle Handlungsspielräume: Karl Bonhoeffer und Maximilian de Crinis im Kontext der Psychiatrie im Nationalsozialismus, in: Schleiermacher ... a.a.O., S. 78 ff.

(Fortsetzung auf Seite 4)

1 Sabine Schleiermacher/Udo Schagen (Hg.): Die Charité im Dritten Reich. Zur Dienstbarkeit medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn-München-Wien-Zürich 2008

2 Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 2003, S. 603

3 Andreas Winkelmann: Wann darf menschliches Material verwendet werden? Der Anatom Hermann Stieve und die Forschung an Leichen Hingerichteter, in: Schleiermacher ... a.a.O., S. 105

Gegen Ignoranz und Lügen

Am 3. Dezember 2010 debattierte der Bundestag neuerlich über 18 Anträge der Fraktion DIE LINKE zur Überleitung von DDR-Alterssicherungen in Bundesrecht. Zu Verlauf und Ergebnis der Diskussion veröffentlichte der Soziale Arbeitskreis Treptow-Köpenick eine Erklärung, die von seinen beiden Sprechern, unseren Mitgliedern Eberhard Rehling und Karlheinz Wunderlich, unterzeichnet wurde und in der es heißt:

Größte Anerkennung verdient das Auftreten der Abgeordneten Dr. Martina Bunge. Mit Ausdauer widerstand sie der Ignoranz und den zahlreichen verbalen Anfeindungen, Lügen und Verleumdungen aus den Reihen der CDU/CSU, der FDP und auch aus der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.

Die Redner der Regierungsparteien dokumentierten mit ihren Äußerungen, dass sie das eigentliche Problem nicht begreifen und lösen wollen. Es geht um die Anerkennung der durch Beiträge erworbenen finanziellen Ansprüche einerseits und der gelebten Lebensläufe andererseits. Die Ablehnung der Übernahme von DDR-Alterssicherungen in Bundesrecht trifft eben auch Krankenschwestern, Eisenbahner, Postangestellte, Tänzerinnen, Ingenieure, etliche akademische Berufszweige und nicht nur Staats- und Parteifunktionäre.

Nach wie vor wird übersehen, dass die Rente im Beitrittsgebiet einen Anteil von 98 Prozent am Alterseinkommen hat. Im Gegensatz dazu beträgt ihr Anteil in der Alt-BRD etwa 75 Prozent, also 25 Prozent des Alterseinkommens werden durch andere Versorgungen gedeckt. Diese „anderen Versorgungen“ hießen in der DDR Sonderversorgungen wie etwa die FZR oder die Einzelverträge für die Intelligenz usw., aber eben diese wurden in die GRV überführt und bis auf wenige Ausnahmen damit gestrichen! Nach wie vor werden Personengruppen, die in der DDR Angestellte waren, also z. B. Professoren, Künstler, Polizisten, Eisenbahner oder Ingenieure in der Braunkohleveredelung mit beitragspflichtigen Zusatzregelungen für die Alterssicherung, die erworbenen Altersansprüche, teilweise aus eindeutig politischen Motiven heraus, vorenthalten.

Bewusst wird übersehen, dass die Regierung Modrow die Wahlen zur Volkskammer im März 1990 organisiert und akzeptiert hat. Sie hat auch die massive Beteiligung bundesdeutscher Politiker am Wahlkampf geduldet und sie hat auch auf den Einsatz von Gewalt verzichtet. Sie hat den Willen der

Mehrheit der Bevölkerung respektiert. Und dafür sollen die Staats- und Parteifunktionäre auch weiterhin mit Kürzungen ihrer Alterseinkünfte bestraft werden?

Die Stellungnahme erinnert an das Memorandum der Bundesregierung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit, das am 7. September 1956 den Siegermächten übergeben wurde und in dem erklärt wurde::

„Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass freie Wahlen in ganz Deutschland, wie sie auch immer ausfallen mögen, nur den Sinn haben dürfen, das ganze deutsche Volk zu einen und nicht zu entzweien. Die Errichtung eines neuen Regierungssystems darf daher in keinem Teil Deutschlands zu einer politischen Verfolgung der Anhänger des anderen führen. Aus diesem Grund sollte nach Auffassung der Bundesregierung dafür Sorge getragen werden, dass niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder nur weil er in Behörden oder politischen Organisationen eines Teils Deutschlands tätig gewesen ist, verfolgt wird.“

Regelrecht unsinnig muss die erneut geäußerte Absicht der FDP für eine kapitalgedeckte „Nachversicherung“ genannt werden.

Abgeordnete der SPD nutzten die Gelegenheit, um auf die von der Koalition abgegebenen Versprechungen zur Angleichung des Rentenrechts hinzuweisen und machten dabei auch auf die Erwartungen der Beitrittsbürger für eine merkbare Rentenerhöhung aufmerksam.

Offenbar gilt für die Koalitionsfraktionen und zumindest für Teile der SPD und von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, dass alles, was nicht im Recht der Bundesrepublik steht, im Leben nicht vorkommt und schon gar nicht wirksam sein kann. Einheit im Recht ist für sie ausschließlich die Übernahme des Rechts der BRD im Beitrittsgebiet. Ob das alle jene, die seinerzeit am 9. November 1989 gejubelt haben, so wollten, ist wohl doch ziemlich zweifelhaft.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP steht, dass in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West eingeführt werden soll. Möglicherweise ist auch diese Aussage nicht einmal das Papier wert oder aber es wird zum Nachteil von uns in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin-Ost verwirklicht. (...)

Es ist gut, dass DIE LINKE diese wichtige Seite der Vollendung der Einheit immer wieder im Bundestag zur Sprache bringt, gerade auch weil die Glaubwürdigkeit der Regierenden dabei immer wieder in Zweifel gezogen wird und es ihnen unangenehm ist, dazu Stellung zu beziehen. Es wird immer deutlicher, dass die Regierungen bei der Rentenangleichung auf die biologische Lösung setzen. Dagegen sollten wir uns stärker wehren.

Bewahrt die Würde des Menschen!

Am 16. November 2010 führte unser Ortsverband Barnim in Bernau eine Mitgliederversammlung durch, an der auch andere örtliche Sozialverbände teilnahmen. Unser Bundesvorsitzender, Prof. Dr. Wolfgang Richter, referierte zum Thema „Stoppt die Altersarmut – bewahrt die Würde des Menschen!“ Die rund 160 Teilnehmer verabschiedeten ein „Bernauer Memorandum“, das den sozialen Abwärtstrend insbesondere im Land Brandenburg sowie in Bernau und im Kreis Barnim zahlenmäßig belegt und in dem es u. a. heißt:

Uns eint die Sorge und die Verantwortung um die weitere Gestaltung menschenwürdigen Lebens in diesem Deutschland. Im Jahr 2010, dem Jahr des Kampfes gegen Armut, stellen Sozialverbände fest, dass jeder fünfte Bürger im Osten Deutschlands von Armut bedroht ist, besonders Alleinerziehende, Kinder und Erwerbslose.

Was passiert aber, wenn sich die Lebensbedingungen im Osten Deutschlands weiter verschlechtern, Armut flächendeckend alltäglich wird? Armut in sich potenzierendem Maße. Diese Gesamtentwicklung, in der die Lasten der Krisen sozialisiert und die Gewinne privatisiert werden, gibt uns zu denken und lässt uns nicht in Ruhe. Angst vor Altersarmut erhöht nicht die Lebensspanne. Sorge um das Wohl unserer Kinder und Enkel, um eine lebenswerte Zukunft treibt uns um.

Wir fragen deshalb und verlangen überzeugende Antworten:

Ist Armut in Kindheit, Jugend, während des Erwerbslebens und im Alter vereinbar mit der absoluten Ewigkeitsklausel des GG Art. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“? Das verneinen wir entschieden und messen deshalb alles politische Tun an diesen grundlegenden Erfordernissen der Menschlichkeit - einer Humanität, welche unser Leben durchdringt und in eine friedvolle und menschenwürdige Zukunft weist.

Dies ist mit Konsequenz zu betreiben, angesichts des derzeitigen Regierungshandelns, welches die Menschen immer hemmungsloser nach ihrem ökonomischen Wert, weniger nach dem Achtungsgebot der Menschenwürde beurteilt und in der immer mehr Menschen aus dem wert- und würdeschöpfenden Leben, der

Arbeit her-ausfallen, ohne das selbst beeinflussen zu können. Werden jene und auch wir zu Objekten der Politik degradiert oder sind wir Subjekt der gemeinsamen Gestaltung unseres Lebens?

Darum ist zu prüfen, welche Gleise der Entwicklung befahren werden, hin zu mehr Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichheit oder zu mehr Teilung, Abhängigkeit und Unfreiheit! Wir unterstützen deshalb die Erklärung der Landesarmutskonferenz Brandenburg an die Bundesregierung und fordern sowohl die Bundesregierung als auch die Landes- und Kommunalpolitik auf:

Rücknahme der beschlossenen Einsparungen, die die Ärmsten treffen und Armut vertiefen, denn Kampf gegen Armut ist Aufgabe des Sozialstaates!

Wir fordern einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn, der es den Menschen ermöglicht, dauerhaft und ohne staatliche Unterstützung leben zu können.

Wir fordern die Neuberechnung und Anhebung des Regelzuges für ALG-II-Empfänger, dessen Höhe auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und nicht verhindert, denn Arbeitslosigkeit ist eine Notlage.

Wir fordern eine Grundrente, die Altersarmut ausschließt.

Wir fordern eine sozial ausgestaltete Wohnungspolitik, die ein bezahlbares und würdevolles Wohnen ermöglicht.

Wir fordern die gesellschaftliche Anstrengung zur Stärkung von Bildung für Kinder, unabhängig vom sozialen Status der Eltern. Familien, Kinder und Jugendliche brauchen alle Chancen für gesellschaftliche Teilhabe, brauchen bestmögliche Förderung, um ihrer und unserer Zukunft willen.

Wir fordern die Sanierung der Staats-, Landes- und Kommunalhaushalte als Quelle und Grundlage für die Verwirklichung sozialer Verantwortung. Bankenabgabe, Anhebung der Spitzensteuersätze, Finanzmarktkontrolle usw. sind dabei Eckpfeiler der Konsolidierung.

Der grundgesetzliche Auftrag des Sozialstaates ist der Schutz der Würde des Menschen. Das Sozialstaatsgebot des GG ist unseres Erachtens kein Instrument der Aushöhlung des Würdeinhalts, sondern vielmehr der Ausgestaltung und weiteren Entwicklung menschenwürdiger Lebensverhältnisse in Deutschland.

Ein medizinischer Nazi

(Fortsetzung von Seite 3)

sam mit seiner Ehefrau durch Selbsttötung seiner Verantwortung für die in der Nazizeit begangenen Verbrechen entzogen. Man kann der Medizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin mit Blick auf die Vergangenheit von de Crinis nur

empfehlen, es mit seinem Bild, auf dem auf dem Revers sogar noch das NSDAP-Parteiabzeichen mit dem Hakenkreuz zu erkennen ist, so zu halten, wie es mit der Büste Stieves geschehen ist: ab in den Keller.

Prof. Dr. Detlef Joseph

38 Mitglieder

überwiesen von Mitte November bis Dezember Spenden an die GBM. Der Vorstand bedankt sich herzlich. Spenden können auf das Konto der GBM 0013192736 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, gezahlt werden.

Was ist Heimat?

Bei strahlend blauem Winterhimmel gemächlich durch die schneeüberzauberten Wälder des Erzgebirges zu fahren – wes Herz weitet sich da nicht im Anblick dieser Schönheit der Natur? Wer versteht nicht die Gefühle der Liebe zur Heimat, die Menschen uns immer wieder kundtaten, denen wir auf dieser Silvesterreise begegneten, z. B. unserer erzgebirgsbesingenden Reiseführerin, Frau Brettschneider?

So war diese Fahrt im nunmehr 15jährigen Bestehen des GBM-Arbeitskreises „Kultur- und Bildungsreisen“ nicht nur meteorologisch, sondern auch regional vom Leiter Gisbert Graff gut geplant. Was wir in uns aufnahmen, waren Traditionen und Leistungen, die zu Stolz berechtigten, zugleich aber auch Probleme, die der Lösung harren. Die Saigerhütte und der Kupferhammer in Olbernhau – 1711 von Zar Peter dem Großen besucht – dokumentieren Jahrhunderte Erfahrungen in der Verarbeitung von Edel-, Bunt- und Schwarzmetallen – bis 1990. Eine Dachhaut aus dortigem Kupferblech tragen alle das Berliner Stadtbild prägenden Gebäude, aber auch solche in London, St. Petersburg und Rom. Später versorgte der VEB Blechwalzwerk wesentliche Teile der DDR-Industrie mit hochwertigen Zulieferungen.

Obwohl die Olbernhauer schon stolz darauf sind, mit 522 Tonnen Silber zeitweise bis zu 10 Prozent zu Sachsens Silberproduktion beigetragen zu haben, kann man anhand der restlichen 90 Prozent den vollen Umfang dessen ermessen, was Sachsens Herrschern zugeflossen ist! Und zwar infolge des „Bergregals“. Das kommt von rex, König, und bedeutet „das abschließliche Eigentumsrecht an gewissen Gegenständen, z.B. Mineralien“ (Meyer 1878).

Was mit dem Regal gemacht wurde, konnten wir am Schloss Augustsburg sehen: prunkvoller Jagdsitz der sächsischen Kurfürsten aus dem 16. Jahrhundert. Heute weitgehend restauriert, enthält es ein Altargemälde von Lucas Cranach d. J., einen 170 Meter tiefen Brunnen mit meisterhaftem Göpelwerk und viele interessante Sammlungen, darunter das Motorradmuseum, in unmittelbarer Nähe zu den einst weltbekanntem Zschopauer MZ-Werken, deren Hallen nur noch einige kleine Ausgründungen enthalten und überwiegend leer stehen.

Am anderen Tage ging's hinauf nach Altenberg – nicht mit der „Bimmelbahn“, sondern im von „Micha“ Franke umsichtig und souverän gesteuerten Reisebus, der rund 300 km auf zum Teil gefährlich verengten Erzgebirgsstraßen unverseht zurücklegte. Das Bergwerk, aus dem im März 991 der letzte Hunt mit Zinnerz zutage gefördert wurde, erläuterte uns ein dereinst dort beschäftigter Hauer (der übrigens nach 18 Jahren Arbeit unter Tage mit 800 Euro Rente

auskommen muss). Bergmannsarbeit, immer hart und gefährlich, und Brauchtum sind in der Gebirgshai miteinander entstanden und bleiben zu Recht eng verknüpft. Eine andere Frage ist, wie heute allen Menschen der Region eine Perspektive gegeben werden kann.

Dass ich nicht allein so denke, zeigten mir die im Bergbaumuseum ausgestellten Arbeiten des Freiburger Holzschnitzers Rolf Mudrach. Neben liebevollen Darstellungen aus Heimat und Bergbau schuf er seit 1998 satirische Holzplastiken wie „Unter Geiern – eingeharzt“. Und in einer Umwelt voll von Nussknackern stach seine Darstellung Dr. Helmut Kohls als sitzender Nussknacker, „Nicht aussitzen, sondern knacken“, heraus. Wahrhaft eines GBM-Preises würdige Arbeiten!

Die leer stehenden Fabrikhallen (in Altenberg ist im Gebäude des Förderturms ein Bowlingcenter eingerichtet), auch in Schmiedefeld oder im ehemaligen Textilzentrum Flöha und anderswo sind stumm, aber eindringliche Zeugen des Beitritts zur BRD. Wenn schon heute eine Währungsaufwertung von 10 bis 20 Prozent von der deutschen oder auch chinesischen Exportwirtschaft als äußerst bedrohlich angesehen wird, dann musste die 400prozentige Währungsaufwertung zum 1.7.1990 wie eine absolut tödliche ökonomische Giftspritze wirken. Vieles wird versucht im Erzgebirge, so wie auch uns der Mut nicht verlässt. Altenberg setzt voll auf Tourismus und Sport. Schlangen stehen an den Skiliften. Biathlon-Arenen und die Bobbahn ziehen viele an. Im unmittelbaren Angesicht der engen, geglätteten Eisrinne nahm niemand von der ansonsten munteren, schlagfertigen und oft ausgelassenen Gruppe das Angebot zu einer Mitfahrt im Gästebob an!

Guter Erfolg ist der Weltmeisterschaft 2012 im Rennrodeln zu wünschen. Der ostdeutsche Bob- und Schlittensport leidet genauso wie der Fußball am fehlenden wirtschaftlichen Umfeld und an der Unterrepräsentanz in den Vorständen der jeweiligen zentralen Verbände. Die Schätze des Gebirges sind noch nicht erschöpft. In Zinnwald befinden sich europaweit bedeutende Vorkommen von Lithium, nach dem zur Zeit alle Welt schreit. Während mediale Macht China vorwirft, die Preise dafür nicht niedrig genug zu halten, wird womöglich ein neues „Berggeschrey“ losbrechen. Doch wer wird Nutzen davon haben? Das Erzgebirge war einst ein Urmeer, dessen Kalkablagerungen nun an dieser Stelle für Jahrhunderte ergebigen Bergbau ermöglichen. Der hochprofitable Betrieb wurde unter solchen Bedingungen privatisiert, dass die Gemeinde keinen einzigen Cent an Steuern erhält! Besorgte Bürger fanden noch nicht den Weg, die Geheimklauseln, die das ermöglichen, so wie in



Wer diente wohl als Vorbild für diesen erzgebirgischen Nussknacker?

Foto: Dieter Schilling

den Berliner Wasserverträgen, auszuhebeln.

Wie ist das dann bei uns im Lande eigentlich mit dem Menschenrecht auf Entwicklung (UNO 1986), das „die stetige Steigerung des Wohls der Bevölkerung und aller Einzelpersonen“ mittels „geeigneter nationaler Entwicklungspolitik“ fest schreibt? Können wir von Venezuela und Bolivien lernen, die Bodenschätze den dort lebenden Menschen zugute kommen zu lassen?

In der Talsperrenschänke zu Lichtenberg bot uns am Neujahrstag der „singende Erzgebirgswirt“ Roland Heldt,

zupackend unterstützt von seiner Ehefrau, ein heiter-besinnliches musikalisches und optisch untermahtes Programm von hohem künstlerischem Niveau, das alle begeisterte.

Konstatieren wir in der Gruppe eine zunehmende Sangeslust, unterstützt von zwei Mundharmonikaspielern, so brachte der Silvesterabend eine erneute Steigerung: humorvolle, selbst gedichtete Gesangsdarbietungen der Männer, die Frauenherzen höher schlagen ließen. Im Ortsteil Kleinbobritzsch logierend, in einem von Ortsansässigen gut geführten Hotel, behalten wir Frauenstein mit Burgruine und Schloss in guter Erinnerung, auch durch die persönliche, warmherzige Schilderung des berühmten sächsischen Orgelbaumeisters Gottfried Silbermann im gleichnamigen Museum durch die Leiterin, Frau Müller.

In Bezug auf seine Heimat ist jeder Mensch ansprechbar. Hier erhält jeder die erste Prägung mit Sprache, Kultur, sozialem Umfeld und Natur. Es kommt nun darauf an, was wir aus unserer Heimat machen. Dazu leistete die GBM in den 20 Jahren ihres Bestehens einen positiven Beitrag. Der Erfahrungs- und Gedankenaustausch während der Silvesterreise bestärkte uns, das auch künftig zu tun.

Ich erinnere mich, was unser kürzlich verstorbener Historiker Ernst Engelberg in seinem letzten Artikel geschrieben hatte: „Schwerlich können wir die Menschen erreichen, wenn wir ihre Heimatgefühle missachten; weil dann Nationalisten freies Spiel haben.“ (Die Deutschen, S. 318)

Jürgen Schewe

Es reicht!

Den „OKV-Nachrichten“ 5 /2010 entnehmen wir folgenden Beitrag:

Das OKV hat anlässlich eines Jubiläums, das hierzulande kaum zu bejubeln, wohl aber kritisch zu begleiten war, einen Sammelband ediert („Zwanzig Jahre ausgeplündert, ausgegrenzt, ausgespät – Es reicht!“, Verlag am Park in der edition ost, Berlin 2010). Viele kluge Köpfe haben dazu ihren Beitrag geliefert. Die Verlegerpraxis sagt allerdings, dass Sammelbände dieser Art selten bis nie die Gunst von Lesern finden. Egal, wie gut die Texte sind und deren Autoren prominent. Abweichend von dieser Regel hält die bemerkenswerte Resonanz auf dieses Buch jedoch an. Dafür gibt es mindestens zwei Gründe. Erstens treffen die meisten Beiträge den Nerv der Leser. Zweitens spricht wohl der Titel den meisten aus dem Herzen: Es reicht! Das wiederum bestätigt meine Beobachtung: Viele unserer Zeitgenossen wünschen eine klare Ansage. Und je mehr sich Politiker im unverbindlichen Einerseits-und-Andererseits verheddern, desto stärker wird dieses Bedürfnis.

Mit Buchtiteln lässt sich Haltung zeigen. Das OKV hat es mit dieser Zeile

getan. Dass dazu inzwischen durchaus Mut gehört, machten einige akademische Bedenkenträger am Tag der Buchvorstellung in Berlin deutlich. Das könne man „so nicht sagen“, monierte ein Genosse. Nun ist eine solche Sicht weder ans Parteibuch noch an den Professorentitel gebunden, wohl eher an das Bedürfnis, im bürgerlichen Parlaments- und Wissenschaftsgetriebe akzeptiert zu werden. Das aber ist ein fataler Irrtum. Wer aus dem Osten kommt, trägt ein Kainsmal bis ans Ende seiner Tage. So tief kann sich unsereiner nicht bücken, dass man es übersähe. Wenn einem das bewusst ist, lässt sich auch überzeugter kämpfen. Klare Ansagen sind in jeder Hinsicht hilfreich.

Frank Schumann

*

Das Buch ist in der GBM-Geschäftsstelle in 10317 Berlin-Lichtenberg, Weitlingstr. 89, Tel. 5578397, zum Preis von 9,95 Euro zu erwerben. Buchvorstellung mit den Autoren Dr. Peter Michel, Prof. Dr. Wolfgang Richter und Prof. Dr. Gregor Schirmer am 9. Februar 2011 um 19.00 Uhr in der jW-Ladengalerie, 10119 Berlin, Torstr. 6 (nahe U-Bhf. Rosa-Luxemburg-Platz)

„Schwarzenberg lebt in Fichtner“

Am 26. November 2010 eröffnete die GBM-Galerie in Berlin-Lichtenberg eine Ausstellung mit Cartoons und Comics, Illustrationen und Collagen von Ralf Alex Fichtner, dem Karikaturisten unserer Zeitschrift ICARUS. Die Laudatio hielt dabei der Karikaturist und Schriftsteller Harald Kretzschmar; er führte u. a. aus:

Es ist mal wieder wie im Bilderbuch. Schwarzenberg im Erzgebirge, unscheinbare Kleinstadt mitten in den Wäldern am Rande des Vogtlandes, muss immer irgendwie auffallen. Es ist nicht erst durch die Texte von Stefan Heym und Volker Braun zur zeitweiligen „Republik Schwarzenberg“ verklärt worden. Tatsächlich war der damalige Landkreis von Anfang Mai bis Ende Juni 1945 vorläufig von Besatzungstruppen ausgespart. So konnten die Bewohner ganz selbständig und unbeeinflusst Arbeiterselbstverwaltung und Entnazifizierung in Gang setzen. Hinterher staunten nicht nur die obengenannten Dichter über die näheren Umstände, wie das vor sich ging. Andersorts hatte man bis zu den letzten Bluts- und Schweißtropfen das grauenhafte Hitlerregime verteidigt. Hier ging man ganz selbstverständlich zur Tagesordnung über. Und die hatte eben nun mal sozialistische Vorzeichen.

Für den 1952 in Aue geborenen und kurz danach nach Schwarzenberg gekommenen Ralf Alex Fichtner war das bereits Geschichte. Irgendwie muss diese Mentalität ihn doch geprägt haben. Dass er jedenfalls unverwechselbar einer aus dem „Arzgebirch“ ist – man hört es mühelos an seiner Sprache und sieht es an seinem Auftreten. Der Hang zum Eigensinn paart sich bei denen dort meist mit wahrer Naturleidenschaft. Man ist im wahrsten Sinn des Wortes auf dem Heimatboden zu Hause. Mit den Jahren wurde aus dem Sohn eines Modellbauers und Enkel eines Malermeisters ein eigenwilliger Künstlermensch. Nach dem Abitur ging er zwar erst einmal unter die Werkzeugmacher und Plakatmaler. Da sie ihn bei den verschiedenen Studienrichtungen nicht haben wollten, lebte er halt erst mal davon. In der Armeedienstzeit aber fing er im Wettbewerb mit einem Kameraden an zu schreiben.

Glücklicherweise kam er danach auf die Idee, seine Geschichten in Bildern zu erzählen. Das es bald so viele waren, machte er das jeweils in zwei oder drei oder bis zu zwölf Phasen. Nicht mehr. Also keine ganzen Comic-Bücher ohne rechten Anfang und so lala auslaufend wie andere. Bei ihm gibt es immer einen Knalleffekt, eine Pointenzündung. Das brachte ihn zu den Cartoonisten. Und trieb ihn in meine Arme. 1980 bekam er beim Satiricum in Greiz als karikierender Laienschaffender einen Preis. Da lief er



R. A. Fichtner (M.) während der Eröffnung seiner Ausstellung mit Harald Kretzschmar (r.) und Dr. Peter Michel, dem Sprecher des GBM-Arbeitskreises „Kultur“
Foto: Gabriele Senft

Gefahr, in dieser Kategorie seine sozialistische Zuordnung zu finden. Davor konnte ich ihn bewahren. Denkwürdiger Moment, als wir in der Hegelallee in Potsdam nahe dem Nauener Tor auf einer Parkbank beieinander saßen. Und er das Füllhorn seiner komischen und kritischen Einfälle ausschüttete. Da sah ich: Das dort ist es doch – mit diesen Bildgeschichten bist du endgültig würdig, Mitglied des Künstlerverbandes zu werden.

Und so kam es denn 1984. Ralf Alex nahm an unserer Seite Platz. Er wurde immer mal im Eulenspiegel gedruckt. Im wesentlichen aber war er dem verpflichtet, was wir freiweg Ausstellungskarikatur nannten. Das hieß, ohne Zweckbestimmung für ein sehr eingegrenztes Pressespektrum seine künstlerisch-kritischen Aussagen an die Öffentlichkeit bringen zu können. Mit den etwa zeitgleich von mir entdeckten jungen Talenten Nel Cozacu, Werner David, Paul Pribbernow, Andreas Prüstel und Milen Radev hatte RAF gemeinsam, dass neben der Originalität der Einfälle eine solide zeichnerische Qualität geboten wurde. Ja, und zu der Zeit schon signierte Ralf Alex provozierend mit RAF – was bei seinen späteren Ausflügen in westliche Gefilde doch den Schock einer Verwunderung auslöste.

Dem Start dorthin ging aber erst einmal ein bronzenes Satyr als Preis der Biennale des Greizer Satiricums in der sich gerade verabschiedenden DDR voraus. Bei dem dreiteiligen Streifen ging es nach Fichtner-Art genau um das Thema – der Staat verschwand im Hades. Dann war kein Halten mehr. Der legendäre Eulenspiegel-Jahrgang 1990 präsentiert ihn mit prachtvollen Blättern. Das Wilhelm-Busch-Museum Hannover lädt ihn 1991 zu einer großangelegten Überschau „Europäische Karikatur“ mit 62 Namen aus 22 Ländern ein. Neben Cleo Petra Kurze und Klaus Vonderwerth vertritt er das bereits nicht mehr mitgezählte untergegangene Land. 1993 entdeckte ich das Kürzel RAF unver-

sehens bei einem München-Trip in der Galerie ETCETERA. In dem beigegebenen Text liefert das Galeristenpaar Meisi und Helmut Grill gleich die passende Neudeutung des Phänomens Fichtner.

Da durfte ich lesen: „Ralf Alex Fichtner ist ein einsamer Kämpfer in einer einsamen Gegend im Erzgebirge. Gegen die Windmühlen der sozialistischen Bürokratie hat er sich nach drei angefangenen Studien und ohne Anerkennung im eigenen Land internationale Beachtung mit unheimlichen Bildgeschichten und Satiren verschafft. Seine Aquarellarbeiten sind Perlen, die an Caspar David Friedrichs Visionen und an Edgar Allan Poes oder Kafkas düsteren Geschichten orientiert sind.“

Die Anerkennung im nun vereinigten Gesamtland machte sich dann allerdings weniger im flächendeckenden Gedrucktwerden als in einsamen Höhepunkten fest. Etwa 1995 beim 3. Preis im Faber Castell Cartoon-Award oder 2000 im Hauptpreis des Cartoonwettbewerbs zur EXPO Hannover. 2002 der Remenbering Award kam dann schon aus dem fernen Kyoto in Japan. Die Windmühlen der kapitalistischen Marktwirtschaft lasen jedenfalls im Comic-Wirbel Namen und Begriff RAF kaum zur Beachtung kommen.

Der Wirkungskreis des Zeichners RAF ist nun ganz und gar auf das heimische Schwarzenberg zentriert. Hier engagiert er sich politisch in einer linken Bürgerinitiative – und geht kritisch gegen das Etablieren ultrakonservativer Strukturen im Freistaat an. Hier ist das Wirken im „Schwarzen-

berger Kultur-und Kunstverein“ oder in der Künstlergruppe „Zone“ genauso wichtig wie das als Stadtrat im Gemeindeparlament. Hier verewigt er zeichnerisch auf einer großen „Sächsischen Bierkarte“ die Brauereistandorte genauso wie organisatorisch als Inspirator das Entstehen witziger Kinder-Grffiti für die Auer Stadtwerke. Ralf Alex Fichtner nun in der GBM-Galerie. Der Name ist den Leserinnen und Lesern des ICARUS von den bisherigen grafischen Randnotizen dort auf der vorletzten Seite schon länger bekannt. Nun also der ganze Fichtner an den Wänden. Ein Jahrgang 1952 ist ja für GBM-Verhältnisse ein geradezu jugendlicher Jahrgang. Der Altersdurchschnitt der hier zur Geltung kommenden Künstlerpersönlichkeiten ist dadurch relativ hoch, weil hier in erster Linie an zu Unrecht in Vergessenheit geratende Kunst aus DDR-Zeiten erinnert wird. Es steht der Galerie aber gut an, die erst spät im einstigen Kunstbiotop zur Wirkung gekommenen originellen Temperamente nun auch zu hegen und zu pflegen. Was hier nun auf den ersten Blick nur gespenstisch romantisierend erscheint, entpuppt sich auf den zweiten Blick oft genug als handfeste Gesellschaftskritik im fabulös-poetischen Gewand. Was hat es mit den Pointen des Ralf-Alex Fichtner auf sich? In der Regel wird bei seinen Bildfolgen auf eine mittlere Katastrophe zugesteuert. Diese Debakel erscheinen jedoch meist gar nicht so schicksalhaft. Richtig erschreckend wirken sie dadurch, weil sie die Antwort auf Illusionen sind. Vorsicht – vorhersehbare Gefahr! So mahnt der Zeichner zwischen den Zeilen – Verzeihung, zwischen den Bildern. Und er fügt hinzu: Seid nicht so gutgläubig angesichts des schönen Scheins. Heilerwartungen pflegende Gesellschaftsordnungen schmücken sich gern damit. Rennen ins Unglück als bevorzugte Fortbewegungsart – bloß weil ein leuchtendes Zukunftsideal blendet und verblendet? Soll es das wirklich sein? So fragt er. Wie aktuell. Insofern haben wir es hier mit einem heimlichen oder sogar unheimlichen Philosophen zu tun. Bitteschön – Naturphilosophen...

* Die Ausstellung in den Räumen der GBM, Weilingstraße 89, 10317 Berlin, ist bis zum 21. Januar 2011 montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr geöffnet.

Einladung

Die GBM, ihr Arbeitskreis Kultur und ihr Freundeskreis „Kunst aus der DDR“
veranstalten am 25. Februar 2011 um 17.00 Uhr
in der GBM-Galerie, Weilingstraße 89, Berlin-Lichtenberg
eine Filmvorführung zum Thema „Willi Sitte – Bilanz eines Lebens“.
Anlass dafür ist der 90. Geburtstag des Künstlers am 28. Februar.
Dazu wird herzlich eingeladen.

Mit Optimismus und Esprit ins neue Jahr

Diesmal hätte Petrus die traditionelle vorweihnachtliche „Dankeschön“-Veranstaltung des GBM-Ortsverbandes Berlin-Treptow, die Danksagung des Sprecherrats an das Ehrenamtlichen-Aktiv, beinahe vermässelt. Die „Berliner Abendschau“ registrierte am Vorabend dieses Dezemberbattes S-Bahn-Chaos auf vielen Strecken, schlecht oder gar nicht geräumte „Bürgersteige“, rund um und über Berlin blitzzeisgeschwängerte Luft – aber dann hatte es in der Nacht glücklicherweise „nur“ zehn Zentimeter Neuschnee gegeben. Man merkte unserem Sprecherratsvorsitzenden Klaus Schulz die Erleichterung an, dass die Vorbereitungen zur Jahresabschluss-Fete nicht umsonst getroffen worden waren, als er im vollbesetzten Kleinen Gesellschaftssaal des Kiezklubs Johannisthal die Aktivmitglieder und eine Anzahl Gäste herzlich begrüßte. 41 Einladungen waren ausgereicht worden, 35 Aktive und Gäste waren ihr trotz der Winterunbillen gefolgt. In dieser „Dankeschön“-Veranstaltung konnte der Sprecherrat auf eine umfangreiche Rechenschaftslegung verzichten; denn erst vor gerade zwei Monaten waren auf der Jahreshauptversammlung die Zweijahresbilanz 2008/2010 gezogen und der Sprecherrat neu gewählt worden. Diesmal sollte das Aktiv mit etwas leichter Kost unterhalten werden – und zu diesem Zweck war der be-



Klaus Schulz (l.) und Wolfgang Konschel bei der Auszeichnung – rechts im Bild Günter Herlt

Foto: Hans-Joachim Müller

kannte DDR-Fernsehjournalist Günter Herlt als „Gastredner“ eingeladen worden.

Bevor er das Wort erhielt, zeichneten die GBM-Bundesvorstandsmitglieder Wolfgang Konschel und Klaus Schulz im Namen des Bundesvorsitzenden Wolfgang Richter verdienstvolle Mitarbeiter mit dem GBM-Ehrenzeichen aus. Klaus Schulz informierte darüber hinaus, dass im zu Ende gehenden Jahr Treptower GBM-Mitglieder für ihr verdienstvolles Wirken in anderen Gremien und ehrenamtlichen Funktionen hohe Wertschätzung erfahren haben. So wurde Karl-Heinz Gromoll mit der Ehrennadel der Volkssolidarität in Silber geehrt. Rudi Hinte, Träger der Leibniz-Medaille, wurde für sein bereits Jahrzehnte währendes Schaffen als Adlershofer Ortschronist mit der Bürgermedaille des Bezirks Treptow-Köpenick ausgezeichnet.

Man hätte sich dann zum Jahresabschluss kaum eine humorvollere und

entspannendere Dreiviertelstunde vorstellen können als den Auftritt von Günter Herlt, der Texte aus seinem Bändchen „Der verdammte Ossi in mir“ vortrug. Das Bändchen vereint auf knapp hundert Seiten 25 köstlich formulierte Ost-West-„Schnurren“ größtenteils in Dialogform, in denen der Ossi dem Wessi auf kein noch so böswilliges wie überheblich-dümmliches Argument (manchmal ist es auch nur das erschreckende Unwissen des Westlers über den Ostler!) die Antwort schuldig bleibt.

Da Weihnachten vor der Tür stand, spendierte Günter Herlt den Anwesenden noch zwei auf Nach-Wende Ost-West „aktualisierte“ Weihnachtsmärchen, an denen wahrscheinlich auch die Gebrüder Grimm, hätten sie dabei sein können, ihre helle Freude gehabt hätten. Sieht es in der Ortsverbandskasse auch noch so klamm aus, OV-Schatzmeisterin Gisela Severin bringt es immer wieder fertig, das Jahr über so hauszuhalten, dass am „Dankeschön“-Tag ein herzhaftes Büfett gedeckt ist. Wie in den Vorjahren ging das Aktiv unseres GBM-Ortsverbandes auch diesmal mit einem Gläschen „Rotkäppchen“, mit Optimismus und Esprit in das neue Jahr, in dem die GBM ihren 20. Geburtstag begeht.

Hans-Joachim Müller

Jetzt: Flüchtlingsheim Raca

Arbeitskreis „Solidarität“ bleibt in Serbien aktiv

Eine langjährige Patenschaft der GBM mit dem Kinderheim „Mladost“ im serbischen Kragujevac ist 2010 erfolgreich beendet worden. Seit 1999 haben wir aber stets auch das benachbarte Flüchtlingsheim „Karadjordjevo Dom“ in Raca besucht und Hilfssendungen abgegeben. Mit den Flüchtlingsfamilien entwickelten sich vertiefende Kontakte und der letzte Besuch zeigte, dass unsere Hilfe weiter dringend gebraucht wird. Die Lebensverhältnisse haben sich für die seit dem NATO-Angriffskrieg 1999 aus dem Kosovo vertriebenen Bewohner serbischer und auch albanischer Abstammung nicht wesentlich verbessern können, doch alle leben dort ungeachtet verschiedener Herkunft und Religionen friedlich miteinander. Die große Villa, einstmals für eine Prinzessin erbaut, beherbergt noch immer etwa 200 Personen, die in durch Decken, Pappen und Sperrholz abgeteilten Verschlägen wohnen müssen.

Zu den Bewohnern des Flüchtlingsheims gehören etwa 60 Kinder. Viele von ihnen sind in diesem Haus geboren. Schon sechs Jahre lang haben wir es geschafft, dass auch in diesem Heim jedes Kind ein persönliches Geschenk zu Weihnachten erhält. Wir konnten damit das Gefühl vermitteln, dass sie nicht völlig vergessen sind. „Die Kinder sind unser Reichtum, mit den Wänden kann man nicht reden“, sagte uns Zorica, eine Großmutter, die stolz auf ihre in der Schule erfolgreichen Enkel ist.

Wir freuen uns sehr, dass am 2. Dezember der Arbeitskreis und eingeladene Freunde beschließen konnten, ab Januar 2011 diese Unterstützung zu intensivieren. Wir schlagen vor, ab demals durch eine Patenschaft der GBM die Solidarität zu bekräftigen. Dieser Aufruf wird durch eine andauernde Spendenaktion gestützt.

Solidaritätsgelder für das Flüchtlingsheim „Karadjordjevo Dom“ in Raca



können auf das Konto der GBM mit dem **Kennwort „Raca“** eingezahlt werden:
Berliner Sparkasse, BLZ: 100 500 00, Kontonummer: 0013 192 736
ErstspenderInnen: Dr. Christa Anders, Gerd Buddin, Brigitte Dressel, Sylvia und Wolfgang Göpelt, Ingeborg Hämerling, Gisela Meise, Gabriele Senft, Gudrun Wischeid
2011 werden wir den Heimkindern anlässlich des Internationalen Tages des Kindes ein Fest ermöglichen. Im Namen des Arbeitskreises „Solidarität“
Gabriele Senft

Wir gratulieren!

Wir beglückwünschen alle Geburtstagskinder des Monats Januar. Besonders herzlich grüßen wir

zum 93. Geburtstag

Erna Reiche, Neuhausen/Spree

zum 91. Geburtstag

Helmut Kindler, Zwenkau
Gerhard Körbel, Reutlingen
Hildegard Lenk, Chemnitz

zum 90. Geburtstag

Gertrud Linke, Berlin

zum 89. Geburtstag

Gertrud Kunze, Magdeburg
Gerhard Liefländer, Berlin
Werner Plessa, Halberstadt
Anneliese Schulz, Berlin
Pipina Wittig, Kauern

zum 88. Geburtstag

Anni Dörmer, Berlin
Ursula Enderle, Berlin
Werner Funke, Niederndorf
Heinz Kempt, Chemnitz
Kurt Wendt, Berlin

zum 87. Geburtstag

Annemarie Batram, Magdeburg
Georg Förster, Berlin
Marianne Glaser-Goßens, Berlin
Rudi Heibold, Berlin
Kurt Lange, Berlin
Werner Schechtendahl, Schwerin
Witta Vogel, Berlin

zum 86. Geburtstag

Ursula Balzer, Berlin
Waltraud Böhme, Berlin
Karl Laue, Herzberg
Prof. Dr. Sonja Mebel, Berlin
Heinz Müller, Dessau
Horst Rätze, Gera
Klaus Schubert, Rangsdorf
Paul Wilpert, Berlin

zum 85. Geburtstag

Ilsetraud Busse, Berlin
Thomas Griebel, Dresden
Helmut Heberling, Halle
Erika Hofmann, Berlin
Ilona Jechow, Berlin
Prof. Dr. Hermann Klenner, Berlin
Gisela Metschke, Dresden
Hermann Müller, Lutherstadt
Wittenberg
Manfred Raupach, Chemnitz
Armin Seeling, Löbnitz/Affalter
Käthe Streng, Berlin

Nachahmenswertes Beispiel

Frau Ruth P l i s c h e k teilte dem Vorsitzenden unseres Ortsverbandes Barnim, Ernst J a g e r , brieflich mit, dass ihr Mann, Mitglied der GBM, verstorben ist, und schrieb weiter: „Ich werde der GBM – finanziell – weiter treu bleiben..... Ich wünsche ihr viel Erfolg für ihre wichtige Arbeit, und allen ein erfolgreiches neues Jahr.“

Ernst Jager, Mitglied des Bundesvorstandes, gibt diese Wünsche gern an alle Mitglieder weiter.

ADRESSFELD

Herausgeber:
Bundesvorstand der
Gesellschaft zum Schutz
von Bürgerrecht und
Menschenwürde e. V.,
Weitlingstraße 89,
10317 Berlin
 Tel.: 030/557 8397
 Fax: 030/555 6355
 e-mail: gbmev@t-online.de
 website: www.gbmev.de

Bankverbindung:
 Berliner Sparkasse,
 BLZ 100 50000,
 Kto. Nr. 0013 192736

Geschäftszeiten:
 Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr
 Fr. 9.00–12.00 Uhr
 Rentensprechstunden:
 Jeden 1. Mittwoch von 13.00
 bis 15.00 Uhr nach vorheriger
 telefonischer Anmeldung
 V. i. S. d. P.:
 Prof. Dr. Gerhard Fischer
 Layout: Helmut W. Busch

Erscheint monatlich im
 GNN-Verlag, Badeweg 1,
 04435 Schkeuditz

Für den Inhalt namentlich ge-
 zeichneter Beiträge sind die
 Autoren verantwortlich.

Herausgeber und Redaktion
 haften nicht für unaufge-
 fordert eingesandte Manu-
 skripte. Sie behalten sich
 das Recht vor, über den Ab-
 druck eingesandter Beiträge
 zu entscheiden und zum Ab-
 druck kommende Beiträge zu
 kürzen.

Die „akzente“ dienen dem
 Gedankenaustausch der Mit-
 glieder und Ortsverbände.
 Artikel können bei Behörden
 nicht als rechtsverbindliche
 Auskunft benutzt werden.

Redaktionschluss: 04. 01. 2011
 Redaktionsschluss der nächs-
 ten Ausgabe: 21. 02. 2011

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Geißler, Werner	Meißen
Girke, Paul	Gera
Grollmus, Elfriede	Neubrandenburg
Köppen, Gerda	Berlin
Kulczak, Johannes	Berlin
Kuscher, Alfred	Görlitz
Rudelt, Walter	Seddiner See
Schulz, Walter	Berlin
Wächter, Horst	Großerkmannsdorf

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Aus den Ortsverbänden

Schwerin

Unsere nächste Mitglieder-
 versammlung findet am Mitt-
 woch, dem 19. Januar 2011,
 um 14.00 Uhr in Schwerin in
 den „Alt Schweriner Schank-
 stuben“ am Schlachtermarkt
 statt. Als Gast haben wir
 den Bundestagsabgeordne-
 ten Steffen Bockhahn, Lan-
 desvorsitzender der PdL, um
 Teilnahme gebeten.

Potsdam

Am Mittwoch, dem 23. Fe-
 bruar 2011, findet von
 14.00 bis 16.00 Uhr in
 Potsdam, „Sternzeichen“
 (Galileistr. 37), die nächste
 GBM-Veranstaltung statt.
 Zum Thema „Mit dem
 Braunbuch gegen Faschisten“
 spricht der Historiker
 Dr. Norbert Podewin
 (Berlin).

Die Konterrevolution marschiert

Alle Gestrigen sind aufgeboten,
 die Geschichte wiederum
 auszuloten,
 in ihrem Sinne, in verstaubter Art
 mit Uneinsichtigkeit und Lüge
 gepaart.
 Sie zeigen sich als zweite Konter-
 revolution,
 die erste von Achtzehn, die kennt
 man schon.
 Was sie gebracht hat, ist
 brutalste Lehre,
 dem deutschen Lande niemals
 zur Ehre.
 Was die zweite jetzt bringt,
 das können wir spüren:
 Das Kapital wird Deutschland
 weiterhin führen
 mit allem, was dazu gehört,
 wie man das Volk mit
 Sprüchen betört,

wie man die Reichen nach vorne
 bringt,
 die Armen aber zu Geduldsamkeit
 trimmt,
 wie man das einfache Volk regiert
 und hinter tausend Lichter führt,
 wiesich die „Volksparteien“
 täglich zerreiben,
 doch bei allem Gewühl dieselben
 bleiben.

Ein bürgerliches Land ganz
 ohne Krisen
 hat die Geschichte noch niemals
 bewiesen.
 Sie bringen Zerwürfnisse und
 weiterhin Not,
 wie immer, ein Ringen des
 Volkes ums tägliche Brot.

Rudolf Dix

Walter Rudelt verstorben

Am 7. Dezember 2010 ist un-
 ser ehemaliges Vorstands-
 mitglied Walter Rudelt, we-
 nige Wochen vor seinem 81.
 Geburtstag, für immer einge-
 schlafen. Ein Leben für die
 Menschen hat sich vollendet.
 Es war ruhig geworden in den
 letzten drei Jahren um Wal-
 ter Rudelt. Tückische Krank-
 heiten plagten ihn, der viele
 Jahre im Arbeitsrecht der
 DDR wirkte und sich auch
 nach 1990 mit seiner ganzen
 Persönlichkeit für Recht und
 Gerechtigkeit einsetzte.

vorstand erwarb er sich be-
 sonders als Mitautor des Ar-
 beitsgesetzbuches der DDR
 in den Kodifikationen von
 1961 und 1977 große Aner-
 kennung. Mit diesem Gesetz
 wurden erstmalig in einem
 deutschen Staat die Rechte
 der Werktätigen auf umfas-
 sende Weise gesichert. Bis
 heute kämpfen die Gewerk-
 schaften der BRD um eine
 solche Gesetzesinitiative.
 Von 1961 bis 1990 leistete
 Walter Rudelt als Vorsitzen-
 der des Senats für Arbeits-
 recht beim Obersten Ge-
 richt der DDR und zugleich
 als Mitglied des FDGB-Bun-
 desvorstandes eine unver-
 gessene Arbeit auf dem Ge-
 biet des Arbeits- und So-

zialrechts. Seine ruhige, auf
 Ausgleich gerichtete, stets
 freundliche Art brachte
 ihm Anerkennung und Ver-
 trauen der werktätigen Men-
 schen in den Betrieben und
 Verwaltungen der DDR. Be-
 scheiden, nie seine Person
 in den Vordergrund stel-
 lend - das kennzeichnete sei-
 ne Persönlichkeit, verbunden
 mit großem Wissen und mit
 Menschenfreundlichkeit.
 Auch nach 1990, als Richter
 von der BRD-Macht kaltge-
 stellt, hörte er nicht auf, sich
 für die Menschen einzuset-
 zen. Als Jurist kämpfte er
 im Bündnis mit anderen ge-
 gen das Rentenstrafrecht, mit
 dem Tausende Funktionsträ-
 ger der ehemaligen DDR in

den Betrieben und Orga-
 nisationen um ihre erwor-
 benen Rechte gebracht wer-
 den sollten, bis es schließlich
 in wesentlichen Teilen auf
 richterliche Anordnung von
 der Bundesregierung aufge-
 geben werden musste.
 Er selbst, wegen „Rechts-
 beugung“ von der Bonner Jus-
 tiz angeklagt, musste lange
 um seine eigene Reputation
 kämpfen. Erst 1999 musste
 ihn schließlich, wenn auch
 widerwillig, die Bonner Ver-
 folgungsjustiz freisprechen.
 Walter Rudelt gebührt un-
 sere Achtung und das Ver-
 sprechen: Wir werden sein
 Andenken in Ehren wahr-
 en und ihn als eine Persön-
 lichkeit in Erinnerung be-
 halten.

Kurt Koopmann

ANZEIGE

Obama entschärft Atomdoktrin
 Die nukleare Angreif nur noch unter eingeschränkten Bedingungen
Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.
Frühlingsgefühl am Arbeitsmarkt
 Berlin kommt am besten durch die Krise
Zensur: Kurierservice DHL hilft Kubas Regime beim Schnüffeln
Linke Gewalt schwer im Kommen
 Am Kiosk.
Angriff auf Bundeswehr nahe Kundus
Bedingt gefechtsbereit
Afghanistan: Karsai legt sich mit dem Westen an
Wie Chávez Venezuela herunter

Probabo

Bitte schicken Sie mir oder folgender Person die Tageszeitung *junge Welt* für drei Wochen kostenlos. **Das Testabo endet automatisch.**

Frau Herr

Ja, ich bin damit einverstanden, daß Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements telefonisch kontaktieren. (jW garantiert, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.)

Name akzente

Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 6,00 Euro pro Testabo (bzw. einer Spende in Höhe von Euro).

Datum/Unterschrift
 Die Belieferung soll ab Montag, den beginnen.

Ich ermächtige Sie hiermit, die Kostenbeteiligung von meinem Konto abzubuchen:

Kontonummer

Geldinstitut Bankleitzahl

Datum/Unterschrift

Coupon einsenden an:
 Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin,
 oder faxen an die 0 30/53 63 55-44
 www.jungewelt.de/abo 3wochenabo.php • Abotefon: 0 30/53 63 55-50